

ROT-GRÜN IN NRW: LUFTSCHLÖSSER ZU LASTEN DRITTER

....DER ARBEITNEHMER UND BETRIEBE AM STANDORT DEUTSCHLAND,

....DES BUNDES UND DER ANDEREN LÄNDER,

....DER KOMMENDEN GENERATIONEN

15.07.2010

Dem eigenen Anspruch „Wir stellen uns der Verantwortung“ sind SPD und Grüne mit dieser Regierungsbildung nicht gerecht geworden – im Gegenteil. Nordrhein-Westfalen hätte angesichts der Probleme, vor denen das Land steht, eine starke Regierung benötigt, die eine haushaltspolitisch verantwortungsbewusste Politik gestaltet. Nun bekommt es eine schwache Minderheitsregierung, die verantwortungslos die Neuverschuldung hochtreibt.

Die Rot-Grüne Minderheitsregierung in Düsseldorf wird Schaden nicht nur für NRW stiften, sondern für ganz Deutschland – wie die Koalitionsvereinbarung belegt:

- ◆ Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist klar darauf angelegt, die Linke einzubinden.
- ◆ Rot-Grün ignoriert die Schuldenbremse.
- ◆ Der rot-grüne Koalitionsvertrag setzt auf Staat vor privat.
- ◆ Rot-Grün hat einen Vertrag zu Lasten Dritter geschlossen – statt selbst zu sparen, stellt die Minderheitsregierung Ansprüche an andere, vor allem den Bund.
- ◆ Rot-Grün will in NRW Politik gegen den Standort Deutschland machen – besonders in der Energiepolitik.
- ◆ Rot-Grün wollte offenbar gar keine Landesregierung für NRW, sondern eine Schattenbundesregierung. Bundesratsinitiativen sollen die Hauptbeschäftigung der Regierung Kraft-Löhrmann sein.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist ein rot-rot-grüner Koalitionsvertrag.

Die NRW-Linke war zur Landtagswahl am 09.05.2010 mit einem Programm angetreten, das auch in den eigenen Reihen wegen seiner radikalen Forderungen umstritten war. SPD und Grüne haben in ihrem Koalitionsvertrag die ersten Schritte auf dem Weg zu den linken Utopien beschrieben:

Gegen den „Konkurrenzdruck in der Schule“ wettet die Linke und forderte, das Notensystem als Druck-, Disziplinar und Selektionsmittel abzuschaffen –so beginnt Rot-Grün die Umsetzung:

- ◆ Wir werden „die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten aufheben und den Prognose-Unterricht abschaffen. Zukünftig sollen die Eltern beraten werden und dann selbst entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen soll.“ (Rz 382f)
- ◆ „Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der Eltern möglich.“ (Rz 428f)

In einer „solidarischen Gesellschaft sollten Gerichte und Staatsanwaltschaften entbehrlich“ sein, meinte die Linke und forderte „weniger Freiheitsstrafen“ – so beginnt Rot-Grün die Umsetzung:

- ◆ Wir setzen „uns für Haftvermeidung ein und werden den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau der Haftvermeidungsprojekte vorantreiben.“ (Rz 3823f)
- ◆ „Den offenen Vollzug wollen wir ausbauen.“ (Rz 3830f)

Für ein ‚Recht auf Rausch‘ und eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts warb die Linke – so beginnt Rot-Grün die Umsetzung:

- ◆ „Um die Justiz zu entlasten und Gelegenheitskonsumentinnen und -konsumenten zu entkriminalisieren, werden wir die Eigenbedarfsgrenzen wieder auf den Stand von 2007 anheben.“ (Rz 3817ff)

Gegen das Privateigentum polemisierte die Linke – so beginnt Rot-Grün die Umsetzung:

- ◆ „Die Eigentumsförderung wollen wir generell zurückfahren.“ (Rz 2440)
- ◆ „Verantwortlich agierende Bestandhalter sind ein wichtiger und stabilisierender Faktor für die Wohnungsmärkte in NRW. Sie wollen wir stärken, in dem wir Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens gesetzlich einführen. So werden sie in die Lage versetzt, andre Eigentümer an den Kosten für Quartiermaßnahmen zu beteiligen.“ (Rz 2374f)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist haushaltspolitisch verantwortungslos.

Die rot-grüne Minderheitsregierung will vor allem eines: mehr Geld ausgeben. Die Schuldenbremse wird ignoriert – das Wort kommt im Koalitionsvertrag nicht vor, die dort beschriebene Politik steht krass im Gegensatz zu dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung. „Neue Schulden so hoch wie noch nie“ titelt die lokale Presse (Kölner Stadtanzeiger, 07.07.2010) und berichtet, die Nettoneuverschuldung 2010 solle von 6,6 Mrd € auf 9,0 Mrd € angehoben werden, den höchsten Wert in der Landesgeschichte. Einsparvorschläge enthält der Koalitionsvertrag nicht, Zusagen für höhere Ausgaben dagegen viele:

- ◆ „Dass die Landesförderung für die offene Ganztagsgrundschule stagniert, gefährdet zunehmend die Qualität des Ganztags vor Ort. Deshalb wollen wir die Pauschale erhöhen und damit Qualität sichern.“ (Rz 407f)
- ◆ „Wir wollen noch in diesem Jahr das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren verabschieden. In diesem Gesetz werden wir sicherstellen, dass den Hochschulen zum Ausgleich Mittel in gleichem Umfang zur Verfügung gestellt werden.“ (Rz 595f)
- ◆ „Bei den Landesmitteln für Weiterbildung werden die seit 2005 erfolgten Mittelkürzungen zurückgenommen. Die dann geltende Summe wird verlässlich und verbindlich fortgeschrieben.“ (Rz 800f)
- ◆ Die neue Landesregierung wird „zügig eine Konsolidierungshilfe für die durch Altschulden besonders belasteten Gemeinden gewährleisten. Dabei werden wir die gesamte finanzielle und strukturelle Ausgangslage der Kommunen berücksichtigen. Die jährlichen Kosten werden dabei überwiegend vom Land getragen.“ (Rz 907f)

- ◆ „Wir werden die in der letzten Legislaturperiode beschlossenen strukturellen Verschlechterungen im Gemeindefinanzierungsgesetz zurücknehmen. In einem ersten Schritt werden wir ... den Kommunen ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückgeben und sie damit wieder direkt an den Landessteuern beteiligen.“ (Rz 919f)
- ◆ „Mit einer Vereinbarung wollen wir finanzielle Planungssicherheit für die Verbraucherzentralen in NRW schaffen und das Beratungsstellennetz in NRW flächendeckend ausbauen.“ (Rz 2234f)
- ◆ Wir wollen „die Erstellung kommunaler Wohnraumkonzepte künftig auch finanziell fördern.“ (Rz 2386f)
- ◆ „Eine Mindestausstattung von 240 Millionen Euro werden wir für die ÖPNV-Finanzierung sicherstellen und die Kürzungen des Landes bei der Schülerbeförderung zurücknehmen.“ (Rz 2642f)
- ◆ „Wir wollen den Zugang zum Arbeitsmarkt für besonders benachteiligte Personengruppen erheblich verbessern. ... Zu ihrer Unterstützung werden wir die Arbeitsmarktaktivitäten der Grundsicherungsträger mit Landesfördermitteln ergänzen.“ (Rz 2894f)
- ◆ „Das zentrale Instrument unserer Jugendpolitik in NRW ist der Kinder- und Jugendförderplan, den wir um 25 Prozent aufstocken werden.“ (Rz 3174)
- ◆ „Die Familienhilfe wollen wir besser finanzieren und dazu den Landesanteil auf den Stand von 2005 aufstocken.“ (Rz 3201)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag weitet den öffentlichen Dienst aus.

Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW setzt einseitig auf „Staat vor privat“. Deshalb kündigt der Koalitionsvertrag vielfach neue Behörden und mehr Stellen an:

- ◆ „Ein Land wie NRW braucht ein Landesinstitut für Bildung.“ (Rz 232)
- ◆ „NRW braucht eine eigenständige und schlagkräftige Umweltverwaltung, damit es wieder zu mehr Sicherheit für die Menschen, einem Abbau des Vollzugsdefizits sowie einer höheren Effizienz bei Kontrollen und Genehmigungen kommt. ... Zur Erfüllung dieser Aufgaben schaffen wir einen ausreichenden Personalkorridor.“ (Rz 1858f)
- ◆ „Wir halten an dem Ziel der Verdopplung der Zahl der Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure fest und wollen die Strukturen der Lebensmittelkontrolle und ihre Effizienz verbessern.“ (Rz 2272f)
- ◆ „Um Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Landespolitik erfolgreich durchzusetzen, richten wir nach dem Vorbild des Berliner Senats eine Gender-Stabsstelle in der Landesregierung ein.“ (Rz 3237)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist ein Vertrag zu Lasten Dritter.

Der rot-grünen Minderheitsregierung in NRW fehlen für die gebotene Sparsamkeit der politische Wille und die politische Gestaltungskraft. SPD und Grüne haben deshalb einen Vertrag zu Lasten Dritter geschlossen – für die benötigten Mittel sollen die kommenden Generationen, der Bund und sogar die kommunalen Steuerzahler geradestehen:

- ◆ „Wir stehen zum Ausbau der Kita-Plätze für unter dreijährige Kinder und zum Rechtsanspruch auf 2013. Bei dessen Umsetzung werden wir die Kommunen unterstützen, indem wir die vorgesehen Bundesmittel aus dem Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau und dem Kinderförderungsgesetz vollständig weiterleiten. Wir erwarten darüber hinaus, dass sich der Bund an den tatsächlich anfallenden Kosten beteiligt.“ (Rz 278ff.)
- ◆ Wir werden „auf kommunale Entlastungen im Bereich der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung im Alter und der Hilfe zur Pflege hinwirken, ohne dabei Leistungen und Standards zu senken.“ (Rz 896f)

- ◆ Wir wollen „erreichen, dass von den in NRW anfallenden Einnahmen der ab 2013 stattfindenden Versteigerung der Emissionszertifikate in Höhe von vier bis fünf Milliarden Euro (bei einem Zertifikatspreis von 20 Euro/t) ein entsprechender Anteil nach NRW zurückfließt.“ (Rz 1406f)
- ◆ Wir werden „uns im Bundesrat darum bemühen, dass der Bund auch nach 2013 den Ländern weiterhin Kompensationsmittel für die Finanzierung von Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung zur Verfügung stellt.“ (Rz 2504f)
- ◆ „Mittelfristig werden auf Bundesebene die offenen Fragen nach der Zukunft der GVFG-Mittel (Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden) und der Revision der Regionalisierungsmittel zu klären sein. Hierzu werden wir gegenüber dem Bund die Rücknahme der Kürzungen der Regionalisierungsmittel sowie ihre Dynamisierung in Höhe von 2,5 Prozent einfordern.“ (Rz 2637f)
- ◆ „Wir respektieren das kommunale Steuerfindungsrecht als wesentlichen Bestandteil der Finanzautonomie und die Landesregierung wird dies in ihrer Genehmigungspraxis zum Ausdruck bringen.“ (Rz 4457f)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag richtet sich gegen den Standort Deutschland.

Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW ist eine Belastung für Arbeitsplätze und Wachstumschancen in Deutschland. Das zeigt sich beispielhaft an den Positionen zur Energiepolitik:

- ◆ „Wir stehen zum Atomausstieg und werden alles tun, um Laufzeitverlängerungen zu verhindern.“ (Rz 1589f)
- ◆ „Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit Genehmigungen für die Urananreicherungsanlage Gronau und für die Konditionierungsanlage GNS in Duisburg als Teil der atomaren Brennstoffkette zurückgenommen oder eingeschränkt werden können.“ (Rz 1596f)
- ◆ „Wir wollen Atomtransporte vermeiden, weil sie unnötige Risiken für Mensch und Umwelt mit sich bringen. Die in Jülich noch lagernden 152 Castoren mit hochradioaktiven Brennelementekugeln sind eine schwere Hypothek für die Region und ganz NRW. Die Verlagerung nach Ahaus würde massive Polizeieinsätze erfordern, Kosten für das Land auslösen und von den Menschen entlang der Transportstrecke zu Recht nicht akzeptiert. Aus diesen Gründen wird die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzen, dass kein weiterer Atom Müll ins Brennelementezwischenlager Ahaus verbracht werden muss. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den bereits gestellten Antrag auf eine Verlängerung der Zwischenlagerung.“ (Rz 1602f)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag zeigt erschreckendes Desinteresses an NRW

Viel Zeit zum Regieren in NRW wird die rot-grüne Minderheitsregierung nicht haben. Denn das Hauptinteresse in diesem Koalitionsvertrag für eine Landesregierung gilt Fragen der Bundespolitik. Diese Landesregierung will offenbar hauptsächlich im „Bundesrat“ aktiv werden – auf allen Feldern der Politik

.... in der Verfassungspolitik:

- ◆ „Wir wollen einen institutionalisierten Dialog schaffen, in dem der Staat den Muslimen organisatorische Hilfe bei der Gründung von Religionsgemeinschaften anbietet, mit dem Ziel der Gleichstellung mit anderen anerkannten Religionsgemeinschaften im Rahmen des geltenden deutschen Religionsverfassungsrechts.“ (Rz 4177f)
- ◆ „Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderrechte ... im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert werden. Hierzu werden wir Initiativen ergreifen und andere Bundesländer bei entsprechenden Vorhaben unterstützen.“ (Rz 3129f)

.... in der Steuerpolitik:

- ◆ Wir wollen „steuerpolitische Bundesratsinitiativen für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine sozial gerechte Reform der Einkommensteuer mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes zugunsten der Bildung ergreifen.“ (Rz 4448f)
- ◆ Wir lehnen „die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Gewerbesteuer ab. Stattdessen wollen wir dies zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer nachhaltig verbreiterten Erhebungsbasis entwickeln.“ (Rz 4453f)

.... in der Bildungs- und Familienpolitik:

- ◆ Wir werden „als Landesregierung im Bundesrat Initiativen ergreifen, um zum Einen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich aufzuheben und zum anderen einen ‚Bildungssoli‘ einzuführen, aus dem zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden.“ (Rz 227)
- ◆ „Wir lehnen jede Art von Betreuungsgeld entschieden ab. Wir sehen hierin den Versuch, überholte Rollenbilder zu zementieren und Kinder vom Bildungsangebot des Kindergartens abzuhalten.“ (Rz 281f)
- ◆ Um mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen, werden wir „im Bund darauf hinwirken, dass das BAFöG weiterentwickelt und auf deutlich mehr Bezugsberechtigte ausgeweitet wird.“ (Rz 605f)
- ◆ „Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Frauen im Leistungsbezug von AIG-II kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten.“ (Rz 3317f)

.... in der Kommunalpolitik:

- ◆ „Wir werden unser Stimmverhalten im Bundesrat daran orientieren, dass die Kommunen in NRW nicht weiter belastet werden. Darüber hinaus werden wir gezielte Initiativen ergreifen, um ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zu verbessern: Die kurzfristige Entlastung durch eine Heraufsetzung des Bundesanteils bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II hat dabei höchste Priorität. Unabhängig davon werden wir uns dafür stark machen, die Gewerbesteuer zu erhalten und insbesondere die Bemessungsgrundlage – wir von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagen – zu verbreitern.“ (Rz 889f)
- ◆ „Den Erhalt der Umsatzsteuerfreiheit gebührenrechnender kommunaler Betriebe sowie des steuerlichen Querverbundes werden wir ... auf Bundesebene verteidigen.“ (Rz 1006f)
- ◆ Wir werden uns „als Partner der Kommunen auch im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Bund einen weitaus höheren Anteil an den Soziallasten übernimmt.“ (Rz 4405f)

.... in der Klimaschutz-, Energie- und Umweltpolitik:

- ◆ „Der Mensch hat ein Grundrecht auf ein gesundes Leben. Das hat Vorrang vor privatwirtschaftlichen Interessen. Es geht darum, mit einer neuen Umweltwirtschaftsstrategie ökologische Verantwortung mit ökonomischer Vernunft zu verbinden.“ (Rz 123f)
- ◆ „Potenziell Bergschadensbetroffene sollen eine vergleichbare Rechtsstellung in der Braun- und Steinkohle erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen wird über eine Bundesratsinitiative eine Novellierung des Bundesberggesetzes beantragen, um damit die Umkehr der Beweislast für Bergschäden im rheinischen Braunkohlerevier zu erreichen.“ (Rz 1751ff)
- ◆ „Immer noch sind 80% der Stromerzeugungskapazitäten in der Hand der großen Energiekonzerne. Eine Ursache ist die nur unzureichend umgesetzte eigentumsrechtliche Trennung von Erzeugung/Vertrieb und den Übertragungsnetzen (Unbundling). Deshalb wird sich die Landesregierung im Bundesrat für konsequentes Unbundling einsetzen.“ (Rz 1785f)
- ◆ „Es darf kein Ökodumping bei der Müllverbrennung bzw. Müllmitverbrennung geben. Daher streben wir eine ambitionierte Anpassung der Bundes-Immissionsschutzverordnung (17. BImSch-VO) an.“ (Rz 1919f)

.... in der Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik:

- ◆ „Rund drei Viertel der Bevölkerung sprechen sich gegen Gentechnik aus. Deshalb wird sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass es keine weiteren Lockerungen am derzeitigen Gentechnikgesetz geben wird und die Verursacher von entsprechenden Kontaminationen zur Übernahme der Kosten herangezogen werden.“ (Rz 2159f)
- ◆ „Wir werden uns für eine verbraucherfreundliche Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzen. Wir wollen z.B. aktiv über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen informieren und einen verpflichtenden ‚Smiley‘ für die Gastronomie einführen.“ (Rz 2266ff)
- ◆ „Wir werden uns im Bundesrat für eine schriftliche Bestätigungslösung bei unerlaubter Telefonwerbung und eine ‚Button-Lösung‘ gegen Internetabzocke einsetzen.“ (Rz 2284f)

.... in der Bau- und Verkehrspolitik

- ◆ „Veränderungen im Mietrecht auf Bundesebene, wie z.B. die einseitige Veränderung der asymmetrischen Kündigungsfristen, wird die Landesregierung ablehnen.“ (Rz 2368f)
- ◆ Wir werden uns „im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Abschreibungsmöglichkeiten für wohnungswirtschaftliche Investitionen so verändert werden, dass energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen für Vermieterinnen und Vermieter attraktiver werden.“ (Rz 2378f)
- ◆ „Wir werden unverzüglich im Bundesrat erste Initiativen einbringen. Im Zuge der Beratungen zum Sparpaket der Bundesregierung werden wir uns um eine Korrektur der geplanten Kürzungen der KfW-Programme zur Gebäudesanierung kümmern.“ (Rz 2490f)
- ◆ Wir werden „im Bundesrat die Halbierung der Bundesmittel für Städtebauförderung thematisieren. Hier drohen aufgrund fehlender Bundesmittel ganze Programme wie ‚Soziale Stadt‘ und ‚Stadtumbau Ost und Stadtumbau West‘ wegzubrechen.“ (Rz 2497f)
- ◆ „Das Land wird sich im Bundesrat für eine europarechtskonforme und kommunalfreundliche Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes einsetzen. Wir erwarten vom Bund einen Gesetzesvorschlag, der den kommunalen Gestaltungsanspruch im ÖPNV mit der unternehmerischen Initiative zur Erbringung der Verkehrsleistung verbindet.“ (Rz 2663f)
- ◆ „Für eine weitere Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene werden wir uns gegenüber dem Bund für eine angemessene kostendeckende Erhöhung der LKW-Mautsätze einsetzen. Wir wollen die LKW-Maut weiterentwickeln und ... die Erhebung auf LKW auf 7,5t ausweiten sowie die Einführung progressiver Mautsätze umsetzen.“ (Rz 2686f)
- ◆ „Einen bundesweiten Modellversuch mit Riesen-LKW lehnen wir ab.“ (Rz 2692)
- ◆ „Alle Versuche der Bundesregierung, das Luftverkehrsgesetz zu Lasten des Lärmschutzes, insbesondere des aktiven Lärmschutzes für den Nachtzeitraum an Flughäfen, zu verändern, werden abgelehnt.“ (Rz 2855f)

.... in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

- ◆ „Wir wollen das Prinzip ‚gute Arbeit‘ durchsetzen: Dauerhafte Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und wirksame Mitbestimmung.“ (Rz 47f)
- ◆ „Wir wollen der Arbeitswelt wieder soziale Leitplanken geben. Zentral ist dabei die Forderung nach einem flächendeckenden generellen Mindestlohn, dessen Höhe von einer unabhängigen Kommission erarbeitet wird, die auch für kontinuierliche Anpassung zuständig ist. Wir wollen Leiharbeit neu regulieren und prekäre Beschäftigung in jeder Form zurückdrängen.“ (Rz 2868f)
- ◆ „Das SGB IX wollen wir weiterentwickeln. Dazu wollen wir die seinerzeit verworfene Option zu einem Leistungsgesetz wieder aufnehmen.“ (Rz 2999f)

- ◆ „Die Landesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Bund endlich der Forderung des Bundessozialgerichtes nach bedarfsgerechten Kinderregelsätzen im SGB II und SGB XII nachkommt und dabei insbesondere auch den entwicklungsbedingten Bedarf von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt.“ (Rz 3016f)

.... in der Gesundheitspolitik

- ◆ „Wir werden unseren Einfluss gelten machen, um einkommensunabhängige Gesundheitsprämien zu verhindern. Stattdessen wollen wir darauf hinwirken, dass die solidarische Krankenversicherung in Richtung einer Bürgerversicherung weiterentwickelt wird.“ (Rz 2877f)
- ◆ „Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko unserer Zeit. Deshalb halten wir an dem Ziel eines einheitlichen Nichtraucher-schutzes im Rahmen des Arbeitsschutzes fest.“ (Rz 3465)
- ◆ Wir wollen „eine Bundesratsinitiative zur steuerlichen Gleichstellung von haushaltsnahen Dienstleistungen mit ambulanten Pflegedienstleistungen ergreifen.“ (Rz 3548)

.... in der Gleichstellungspolitik

- ◆ „Wir wollen den gravierenden Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt entgegentreten und setzen uns insbesondere für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, eine erhebliche Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen und die Schaffung familienfreundlicher Arbeitszeiten ein.“ (Rz 2877f)
- ◆ „Im Bundesrat werden wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und eine Quotierung von Aufsichtsräten in börsennotierten Unternehmen einsetzen.“ (Rz 3294f)

.... in der Integrationspolitik

- ◆ Wir sprechen uns „für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts auf der kommunalen Ebene auch für Menschen ohne deutschen Pass, die lange in unserem Land leben, aus und werden eine entsprechende Bundesratsinitiative ergreifen.“ (Rz 1086f)
- ◆ Wir wollen „auf der Bundesebene darauf hinwirken, dass die rechtliche und politische Teilhabe von Einwanderinnen und Einwanderern verbessert wird. Dazu gehören die Modernisierung des Wahl- und Staatsangehörigkeitsrechts. In diesem Sinn werden wir uns für das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürger sowie für die erweiterte Hinnahme von Mehrstaatigkeit einsetzen.“ (Rz 3052f)
- ◆ Wir wollen „erreichen, dass junge Menschen nicht mehr gezwungen werden, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, wenn sie volljährig werden (Abschaffung Optionszwang).“ (Rz 3055f)
- ◆ „Wir wollen, dass humanitäre Hilfe für Menschen ohne Papiere nicht kriminalisiert wird. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für eine entsprechende Änderung des Aufenthaltsgesetzes ein.“ (Rz 3116)
- ◆ „Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die aufenthaltsrechtliche Situation von Opfern von Zwangsheirat zu verbessern.“ (Rz 3254f)